Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Naden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 280,— M., durch die Post bezogen monatlich 280,— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 300,— M. Einzelnummer 12,— M. Sonnabendnummer 15,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 85,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 120,— M., auswärts 40,— u. 120,—, Ausland 200 und 400 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 M.

Nr. 278 | Dresden, Donnerstag den 30. November 1922 | 33. Jahrg.

Die griechischen Ministerhinrichtungen

Niederlage der englischen Orientpolitik

Die Orientkrise hat durch die Hinrichtung der früheren griechischen Minister eine ungeheure Verschärfung erfahren. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Griechenland droht auch die Weiterführung der Orientkonferenz in Lausanne zu gefährden.

Die Massenhinrichtung in Athen, der die Minister Gunaris, Stratos, Theotokis, Protopapadakis und Baltazzi sowie ein General zum Opfer fielen, ist weniger vom nationalistischen als vom politischen Standpunkt aus zu werten. Die genannten Minister waren die Vertrauensleute und Ratgeber Konstantins. Als im Jahre 1920 Konstantin nach Athen zurückberufen wurde und Venizelos von der Bildfläche verschwand, übernahm Gunaris die Ministerpräsidentschaft. Die andern Hingerichteten traten in sein Kabinett ein. Hatte man Venizelos zum Vorwurf gemacht, daß er die königstreue Partei mit Gewalt und Terror unterdrücke, so erhob sich bald der Vorwurf, das Kabinett Gunaris verfahre den Republikanern gegenüber mit denselben Mitteln. Der Zusammenbruch des kleinasiatischen Abenteuers, für das Republikaner und Königstreue in demselben Maße verantwortlich sind, ließ die Anhänger Venizelos wieder Oberwasser gewinnen. Sie errichteten eine Militärdiktatur, nach einigem Schwanken wurde das Kabinett Gunaris gefangen gesetzt und unter Anklage des Vaterlandsverrats gestellt.

In der Begründung zu dem Urteil des Kriegsgerichts heißt es, die Angeklagten hätten dem Volke bewußt die wirkliche Lage geheim gehalten. Sie hätten beschlossen, alles zu tun, um den Thron Konstantins zu befestigen, damit sie unter seinem Regime an der Macht blieben, sie hätten jede Kundgebung der öffentlichen Meinung, die sich dagegen richtete, durch Terrorismus erstickt. Schließlich hätten sie den Zusammenbruch in Kleinasien provoziert. Anstatt Konstantin von der Notwendigkeit seiner Abdankung zu überzeugen, hätten die Mitglieder mit dem General Baltazzi eine Offensive mit Konstantin verabredet. Hierdurch sei der Zusammenbruch der kleinasiatischen Front herbeigeführt worden. Somit hätten die Angeklagten bewußt große Teile der unter dem Kommando von Baltazzi stehenden Armee dem Feinde geopfert. Sie seien des Hochverrats überführt worden.

Diese Begründung krankt an dem Widerspruch, daß auch die Republikaner das kleinasiatische Abenteuer wollten. Mehr noch, sie haben auch nach dem Zusammenbruch der griechischen Armee zur Fortführung des Krieges aufgefordert, ohne doch bessere Erfolge erzielen zu können. Auch die Eile der Hinrichtungen besagt, daß es der herrschenden Militärdiktatur viel mehr darauf ankam, sich der führenden Köpfe der Partei Konstantins zu entledigen, um auf diese Weise einer Rückkehr Konstantins ein- für allemal ein Ziel zu setzen. Die Partei Venizelos trägt also für die Hinrichtungen die Verantwortung. Venizelos, der als Vertreter der griechischen Regierung in Lausanne weilt, tut entsetzt und scheint die Bluttaten nicht billigen zu wollen. Havas meldet, daß die Konferenz nicht gefährdet sei. England wolle, trotzdem es die diplomatischen Beziehungen zu Athen abgebrochen habe, doch in Lausanne mit Venizelos weiterverhandeln. Die amerikanische Regierung hat einen formellen Protest gegen die Hinrichtungen in Athen erhoben, doch Frankreich, dessen Werkzeuge die jetzigen Machthaber in Athen sind, schwingt sich zu keiner bedauernden Haltung auf. Im Gegenteil, die Pariser Presse vermag kaum, ihre Freude zu verbergen. Sie weiß, daß England jetzt nachgeben muß, weil es Frankreich zur Unterstützung seiner sonstigen Interessen im Orient braucht. So bleibt die Abberufung des englischen Vertreters aus Athen wohl eine schöne Geste, die die Niederlage Englands in seiner Orientpolitik nicht zu verbergen vermag. Immerhin kann die Athener Bluttat noch recht weitreichende Folgen haben.

Die neuen Meldungen aus London besagen, daß die englische Presse die Hinrichtungen als eine Provokation Englands durch Griechenland empfindet und die englische Regierung zu schärfstem Vorgehen auffordert. Sie hebt die bekannte Tatsache hervor, daß die englische Regierung bereits vor der Urteilsverkündung wiederholt gegen ein etwaiges Todesurteil protestiert und für den Fall seiner Vollstreckung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht hatte. Da das Kriegsgericht diese Warnung nicht beachtet und die Athener Regierung der venizelistischen Partei Todesurteile in rasender Eile sofort habe vollstrecken lassen, sei der bewußte Affront gegen England bewiesen. Die englische Regierung dürfte aber zu weiteren Konsequenzen kaum zu treiben sein, da sie bei jedem Schritt auf den Widerstand Frankreichs stößt, dessen guten Willen sie zu ihrem andern Unternehmungen im Orient braucht. Der weitere Verlauf der Orientkonferenz in Lausanne wird bald Klarheit bringen.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot

Da die Wohnungsnot eine Folge des Währungsverfalls und des verlorenen Krieges ist, hat sich das Reich veranlaßt gesehen, durch das Wohnungsbauabgabegesetz die Mittel zur Behebung der Wohnungsnot zu beschaffen, und hat auch Bestimmungen über das Beihilfeverfahren erlassen. Die Durchführung des Wohnungsbaues im Beihilfeverfahren lag den Ländern ob. Der Freistaat Sachsen hat sich indessen mit der bloßen Durchführung nicht begnügt, sondern hat, ganz abgesehen von den zahlreichen Anregungen und Anträgen an die Reichsregierung, selbständige Schritte auf diesem Wege getan.

Im Jahre 1919 stellte das Reich für Sachsen 91,5 Millionen Mark zur Verfügung, hierzu hatte bestimmungsgemäß die gleiche Summe aus Landes- und Gemeindemitteln zusammenzutreten.

Im Jahre 1920 gewährte das Reich für 1 Quadratmeter Wohnfläche 165 bis 180 M. Reichsmittel, zu denen noch mindestens die Hälfte dieses Betrages aus Gemeindemitteln hinzutreten hatte; das Land war nach den Bestimmungen der Reichsregierung nicht beteiligt. Insgesamt hat das Reich rund 45 Millionen M. gewährt. Hierzu bewilligte der Staat Sachsen freiwillig eine eigene Beihilfe von 90 Millionen M., das Doppelte der Reichsbeihilfe.

Für das Jahr 1921 schrieb das Reich vor, daß die Länder und Gemeinden je 80 M. auf den Kopf der Bevölkerung an Baukostenbeihilfen bereitzustellen hätten. Der Freistaat Sachsen bewilligte statt 140 Millionen M. Landesbeihilfe 280 Millionen M., oder 60 M. auf den Kopf der Bevölkerung, wozu noch 140 Millionen, gleich 80 M. auf den Kopf der Bevölkerung, an Gemeindeanteil traten. In Verfolg davon werden in Sachsen für 1921 nicht, wie nach den Reichsbestimmungen vorgesehen ist, 10 v. H., sondern 15 v. H. der Friedensmieten als Wohnungsbauabgabe erhoben.

Für das Jahr 1922 waren an Baukostenbeihilfen 250 Millionen M. Darlehen der reichsgesetzlichen Versicherungsträger und 60 Millionen M. Restertrag der Wohnungsbauabgabe, zusammen also 310 Millionen M. verfügbar. Diese Summe ist, um den Wohnungsbau mit größter Beschleunigung in Fluß zu bringen, sofort Anfang März verteilt worden. Da aber die Darlehen der Versicherungsträger von vornherein nur in Monatsbeträgen eingehen konnten und anfangs reichlich, dann aber sehr stockend flossen, auch die Wohnungsbauabgabe erst Ende des Jahres eingehoben werden kann, hat die Staatsregierung bereitwillig zunächst 150 Millionen M. Vorschüsse auf jene 310 Millionen M. bereitgestellt. Da die Ueberteuerung der Bauten rasch stieg, ließ sich die Staatsregierung bereitfinden, alsbald nach Auftreten des Bedürfnisses weitere 190 Millionen Mark Vorschüsse zur Verfügung zu stellen. Erst später bewilligte das Reich den Ländern 3 Milliarden M. Darlehn, von dem auf Sachsen 282 Millionen M. entfielen. Da alle diese Summen zusammengenommen auch unter Hinzunahme eines in Aussicht gestellten weiteren Reichsdarlehns nicht ausreichen, die im Jahre 1922 begonnen Bauten fertigzustellen, wird es voraussichtlich nötig werden, weitere erhebliche Landesmittel zur Verfügung zu stellen. Der Gesamtbedarf an Zuschüssen für das Jahr 1922 wird gegenwärtig auf über 1,2 Milliarden geschätzt, jedoch nur unter dem Vorbehalt, daß keine weitere Verteuerung eintritt.

In Sachsen sind im Jahre 1919 5310, 1920 3270 und 1921 5400 Wohnungen mit öffentlichen Zuschüssen erstellt worden, für das Jahr 1922 ist die Erstellung auf 1400 Wohnungen zu schätzen. Insgesamt sind bisher 15 880 Wohnungen erstellt worden.

Ueber den Umfang der Wohnungsnot und den wirklichen Bedarf an neuzuerstellenden Wohnungen bestanden bisher sehr ungenaue Vorstellungen. Man ging davon aus, daß vor dem Kriege in Deutschland jährlich 200 000 Wohnungen neuerstellt worden waren, und berechnete aus dem Ausfall der Kriegs- und Nachkriegsjahre den Bedarf. Diese Berechnung übersieht vollständig, daß der Wohnungsbedarf der Bevölkerungsbewegung parallel geht. Die Bevölkerungszahl ist aber gegenwärtig durch Kriegsverluste und Geburtenausfall geringer als 1914, während die Zahl der Wohnungen seit 1914 immerhin noch um etwas zugenommen hat. Es steht also, wie außer Zweifel ist, ein seit 1914 immer hin etwas vermehrter Wohnraum einer zahlenmäßig geringeren Bevölkerung zur Verfügung.

Das Land Sachsen war das erste und ist, soweit bekannt ist, das einzige, das bisher genauere Untersuchungen angestellt hat. Die Erhebung knüpfte an die Zahl der Wohnungsuchenden an. Aber auch die Zahl der Wohnungsuchenden würde keinen Anhalt bieten. Auszuscheiden sind jedenfalls alle die Fälle, in denen der Wohnungsuchende bereits eigene Familienwohnung hat; denn findet er anderweit Wohnung, so steht seine bisherige Wohnung dem Wohnungsmarkt zur Verfügung. Als besonders dringlich suchte das Landeswohnungsamt die Fälle zu ermitteln, in denen eine Familie mit wenigstens einem Kinde bisher in Schlafstelle, Untermiete oder bei Verwandten, in Zivilinquartierung, getrennt oder in einer Notwohnung untergebracht ist, oder in denen die bisherige Wohnung nur aus einem Raume besteht oder infolge ihrer technischen Beschaffenheit so ungesund ist, daß sie baupolizeilich leergestellt werden müßte.

Die Zahl aller dieser Fälle ist in Sachsen auf rund 40 000 ermittelt worden, wobei freilich infolge technischer Schwierigkeiten der Erhebung volle Genauigkeit noch nicht in Anspruch genommen werden kann. Selbst wenn man annehmen will, daß in zahlreichen Fällen durch Zivilinquartierung Verhältnisse geschaffen worden sind, und auch in anderen Fällen

Eine französische Abschwächung

Man wird nicht ganz klar, was in Paris im Augenblick gespielt wird. Die aufsehenerregenden Beschlüsse der Montagkonferenz werden durch folgende amtliche französische Erklärung über den Ministerrat abgeschwächt, der am Dienstag stattgefunden hat:

Paris, 28. November. Ministerpräsident Poincaré hat den Ministerrat über den Verlauf der Beratungen, die gestern im Elysée stattfanden, in Kenntnis gesetzt, über die die ungenauesten Informationen veröffentlicht worden sind.

Da diese „ungenauen Informationen" durch die Havas-Agentur (das französische W. T. B.) veröffentlicht wurden, so muß man annehmen, daß sich die um Poincaré etwas zu weit vorgewagt haben und jetzt zurückgepfiffen werden. Vielleicht war das Echo aus dem Ausland nicht befriedigend. Bedenklich allerdings ist es, daß die französische bürgerliche Presse gegen die angekündigte Gewaltpolitik nicht protestiert hat. Ebenso wenig wie die italienische Presse, die von Mussolini scharf an der Kandare gehalten wird. Auch scheint die französische öffentliche Meinung davon überzeugt zu sein, daß die Politik der französischen Regierung im Rheinland und im Ruhrgebiet nicht nur auf keinen Widerstand stoßen, sondern im Gegenteil auf die Unterstützung und die Sympathien eines großen Teils der dortigen Bevölkerung, und zwar gerade in den führenden Schichten, rechnen könne. Demgegenüber muß doch festgestellt werden, daß durch die rheinische Presse ohne Unterschied der Parteirichtung geradezu ein Aufschrei der Empörung und des Protestes gegen die französischen Absichten geht.

Die Ansicht Loucheurs

Loucheur gehört zu den Kreisen, die mehr wirtschaftlich eingestellt sind und so mehr und mehr in einen Gegensatz geraten zu der einseitig politischen — machtpolitischen — Einstellung eines Poincaré. In einem Vortrag in Zürich sagte er:

„Ganze Völker sehen sich auf abschüssiger Bahn. In wenigen Monaten können wir furchtbare Katastrophen erleben. Ich bin Optimist, aber ich darf den Ernst der Tatsachen nicht verschweigen. Ich bin entschlossen, ihnen ins Angesicht zu blicken, weil ich die feste Ueberzeugung habe, daß wir diese Gefahr vermeiden können, unter der einzigen Bedingung, daß wir aufhören, die Weltpolitik immer nur durch das Fenster unsres eigenen Landes zu betrachten." In einer zweiten Ansprache erklärte er: „Wir haben Deutschland nicht zerstört und wollen es nicht zerstören, aber wir wollen Gerechtigkeit und selbst nicht leer ausgehen. Jetzt ist die erste Aufgabe, die Mark zu stabilisieren, nicht bloß um die Reparationszahlungen möglich zu machen, sondern um die Gefahr zu vermeiden, die bei einer Katastrophe in Deutschland alle andern Völker bedroht. Um ein Unglück zu verhüten, das alle Völker gemeinsam treffen würde, müssen alle Völker solidarisch zusammengehen. Ich glaube fest daran, daß die Stunde gekommen ist, uns am Beratungstisch zu versammeln und mit gemeinsamem guten Willen an eine Arbeit zu gehen, die geleistet werden muß und geleistet werden kann."

Die Versprechungen der Industrie

Unsre Behauptung, daß die Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen durch die nicht gehaltenen Versprechungen der deutschen Industriellen verursacht worden sind, wird bestätigt durch eine Meldung des B.-T.-Korrespondenten aus Paris:

„Aus zahlreichen Aeußerungen in der Presse und Gesprächen geht hervor, daß in Paris tatsächlich mit positiven Zahlungsvorschlägen gerechnet wurde, wenn die Großindustrie Einfluß auf die deutsche Regierung gewänne, und daß die Enttäuschung ungeheuer groß war, als dann der Kanzler Cuno lediglich die Fortsetzung der Politik des früheren Kabinetts in Aussicht stellte. Mit aller Bestimmtheit wird hier behauptet, daß bei der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin Herrn Barthou ganz feste Versprechungen gemacht worden seien. Namen werden genannt, denn das Angebot der Garantie für eine 20-Milliarden-Anleihe soll ein sehr bekannter Bankdirektor erwähnt haben. Ueber die angebotene Sicherheit und die von deutscher Seite geforderten Zugeständnisse existieren angeblich schriftliche Aufzeichnungen."

Es wird die höchste Zeit, daß sich die Herren Industrieritter zu den Anschuldigungen äußern. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben ein Recht, zu erfahren, welcher Art die Versprechungen gewesen sind, die man Herrn Barthou von deutscher Seite gemacht hat.

Die Bergarbeiter vor der Repko

Paris, 29. November. Die Delegierten der Reparationskommission haben heute in persönlicher Eigenschaft einen Ausschuß des Internationalen Bergarbeiterverbandes, bestehend aus Deutschen, Engländern und Belgiern, empfangen. Sie gaben den Vertretern der Reparationskommission ein Bild von den Ansichten des Internationalen Bergarbeiterverbandes mit Bezug auf die Rückwirkung der Reparationskohlenlieferung auf die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Europa. Hierauf ersuchten sie die Reparationskommission, eine Konsultierung der Berg- und Grubeninteressenten sowie der Bergarbeiter in Erwägung zu ziehen, wenn sie die Lieferungsfähigkeit Deutschlands für Reparationskohle untersuche.

•

Vorverständigung für die Brüsseler Konferenz. Aus Paris wird weiter gemeldet: Poincaré hat Bonar Law mitgeteilt, daß er geneigt sei, in der nächsten Woche nach London zu kommen, um sich mit den Premierministern von England, Italien und Belgien über die mit der Brüsseler Konferenz zusammenhängenden Fragen zu beraten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19221130/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG